



## Antrag von DIE LINKE.Main-Taunus-Kreis

KT/2023/002/19.WP

ausgegeben am:  
18.01.2023

### **Betr.: Arbeitsverhältnisse bei kreiseigenen kommunalen Gesellschaften tarifvertraglich ausgestalten**

Der Kreistag möge beschließen:

1. Der Kreistag stellt fest, dass Tariftreue ein wichtiger Grundsatz unternehmerischen Handelns ist. Tarifgebundene Unternehmen zahlen durchschnittlich höhere Gehälter, haben bessere Arbeits- und Ausbildungsbedingungen, weisen weniger sachgrundlose Befristungen auf, erfüllen eher die Standards für Chancengleichheit, Mitbestimmung, Inklusion und Geschlechtergerechtigkeit, kurz: Sie sind in den meisten Fällen bessere Arbeitgeber.
2. Der Kreistag bedauert, dass viele Beschäftigte in kommunalen Unternehmen des Main-Taunus-Kreises nicht einer Tarifbindung unterliegen.
3. Der Kreistag fordert den Kreisausschuss auf darauf hinzuwirken, dass in allen kommunalen Unternehmen für alle dort beschäftigten Personen die einschlägigen bundesweiten Tarifverträge angewandt werden. Befristungen in der öffentlichen Verwaltung und kommunalen Gesellschaften sollen reduziert und nur im Ausnahmefall und bei Sachgrund erfolgen. Damit positioniert sich der Main-Taunus-Kreis auch als attraktiver Arbeitgeber in Zeiten des Fachkräftemangels.

Begründung:

Gute Arbeit sollte ein Leitmotiv öffentlicher Verwaltung und aller unter öffentlicher Kontrolle stehender Unternehmen sein. Dazu gehören aus unserer Sicht Tarifbindung und Mitbestimmungsgremien für die Beschäftigten in jedem Fall verpflichtend dazu. Leider sind diese Standards bei weitem nicht in allen kommunalen Unternehmen des Main-Taunus-Kreises umgesetzt. Damit ist der Main-Taunus-Kreis vermittelt durch seine Tochtergesellschaften ein schlechtes Vorbild für privatwirtschaftliche Unternehmen im Kreis.

Aktuell streiten beispielsweise die Beschäftigten der Dienstleistungs-Gesellschaft Taunus (DGT) gGmbH für eine Tarifbindung und die Entfristung ihrer Verträge. Ein anderes Beispiel sind die Main-Taunus-Kliniken, an denen nur ein Haustarifvertrag gilt und wo zudem viele Beschäftigte ausgegliedert wurden. An dieser Situation muss sich dringend etwas ändern, sowohl im Sinne der Beschäftigten als auch um zukünftig weiterhin attraktiv für die notwendigen Fachkräfte sein zu können.

gez.  
Dr. Barbara Grassel

gez.  
Beate Ullrich-Graf

gez.  
Thomas Völker